



Wuppertal Institut
für Klima, Umwelt, Energie
GmbH

Kurzstellungnahme zum Energie- konzept der Bundesregierung

Stellungnahme

Wuppertal, 19. Oktober 2010

Dr. Stefan Lechtenböhmer

Kurz-Stellungnahme zum Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung

Am 28.9.2010 hat die Bundesregierung ein Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung mit einem Zeithorizont bis zur Mitte des laufenden Jahrhunderts beschlossen. Dieses basiert u.a. auf einer Szenariostudie, die die Regierung im ersten Halbjahr 2010 in Auftrag gegeben hatte.

Meine Stellungnahme stützt sich auf die beigefügten sieben Thesen des Wuppertal Institutes zum geplanten Energiekonzept der Bundesregierung, die am 6.9.2010 veröffentlicht wurden und sich vor allem auf die wissenschaftlichen Ergebnisse der Szenariostudie beziehen, und ergänzt diese

Das Wuppertal Institut begrüßt diese mit dem Energiekonzept angestoßene Diskussion über die Zukunft der deutschen Energieversorgung. Sie ist vor dem Hintergrund der Notwendigkeiten einer massiven Verringerung der Treibhausgasemissionen um 80% bis 95% bis zum Jahr 2050 dringend erforderlich.

Diese Stellungnahme und unsere Thesen sollten weder auf die aktuell vorgelegte Szenariostudie noch auf die aktuellen Beschlüsse der Bundesregierung verengt werden. Vielmehr sind sie verstanden als Beitrag zu einem grundlegenden Diskussionsprozess, den wir für Deutschland als notwendig erachten und der fundiert und gründlich geführt werden sollte.

Die vorgelegten Energieszenarien machen deutlich, dass eine massive **Steigerung der Energieeffizienz** vor allem auf der Energienachfrageseite möglich, wirtschaftlich sinnvoll und vor allem für das Erreichen der gesetzten Ziele zentral ist. Allerdings reichen die im Energiekonzept angelegten Maßnahmen aus unserer Sicht hierfür nicht aus.

- Dies gilt besonders für den *Gebäudebereich*, dessen Sanierung ein zentrales Strategieelement bildet. Hier ist nicht zu sehen, dass die nötigen Finanzmittel und Anreize sowie der notwendige Umsetzungsdruck aufgebaut wird. Durch den Bezug der Klimaneutralitätsziele auf die Primärenergieebene besteht die Gefahr, dass im Bereich der Wärmedämmung weiter suboptimale Lösungen gewählt werden und die begrenzten Potentiale der erneuerbaren Energien auf Dauer nicht ausreichen werden. Auch der betonte Wirtschaftlichkeitsvorbehalt in Verbindung mit dem Hinweis, die Steuern auf fossile Energieträger im Wärmemarkt in Summe nicht zu erhöhen laufen Gefahr, hier zu enge Grenzen zu setzen und damit langfristige Optima unter adäquater Berücksichtigung externer Kosten zu verfehlen.
- Auch im *Verkehrssektor* ist noch nicht erkennbar, dass die Maßnahmen ausreichen, um hier den Trend weiterhin steigender Emissionen umzukehren. Insbesondere fehlen in den Szenarien und auch weitestgehend im Energiekonzept mit wenigen Ausnahmen wirksame Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung und -verlagerung. Insbesondere erscheint es nicht sinnvoll, auf die explizite Adressierung des Energieeffizienz in diesem Sektor zu verzichten und stattdessen diese in dem übergeordneten Begriff ‚Dekarbonisierung‘ verschwimmen zu lassen. Auch hier ist darauf hinzuweisen, dass ein ‚Verschenken‘ der Energieeffizienzpotentiale im Verkehr erhöhte Erneuerbaren-Mengen notwendig impliziert. Und die sind im Treibstoff-Bereich besonders problematisch.

- Die zweite wichtige Strategie ist der weitere rasche **Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien**. Hier ist zu wünschen, dass die Bundesregierung bei der Offenlegung der Ziele noch nachbessert. Das Muster gibt die Erneuerbaren-Richtlinie der EU vor. Ihre Gesamtziele und die für den Subsektor Elektrizität gibt die Bundesregierung (bis 2050) an. Vermisst wird bislang noch der Ausweis der Ziele für die anderen beiden Sektoren, insbesondere das des Verkehrs.

Die zweite wichtige Strategie, aber von der Energieeffizienzstrategie nicht unabhängige, ist der weitere rasche **Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien**. Sinnvoll wäre hier, dass die Ziele analog der EU-Erneuerbaren Energien Richtlinie auch für die Wärme- und Kälteversorgung und den Verkehr ausgewiesen werden.

Auch hier stellt sich die Frage, ob die beschlossenen Maßnahmen hinreichend zur Zielerreichung sind und ob sie vor allem mit einer sehr starken Betonung der Biomassenutzung nachhaltig gestaltbar sind. Die Szenarien wie das Energiekonzept deuten darauf hin, dass der Schwerpunkt auf den weiteren Ausbau vor allem großtechnischer Lösungen gelegt werden soll. Dies birgt die Gefahr, dass der bislang sehr erfolgreiche eher dezentrale und durch viele private Investoren getragene Ausbau erneuerbarer Energien, der ebenfalls ein wichtiges Strategieelement darstellt, in den Hintergrund gedrängt wird.

Problematisch ist überdies, dass ein großer Teil der finanziellen Unterstützungen auf den einzurichtenden **Energie- und Klimafonds** bezogen werden, dessen finanzielle Ausstattung noch unsicher, weil mit der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke und ihren Erlösen verknüpft und deshalb kaum vorhersehbar ist. Eine verlässliche Finanzierung dieser für Deutschland wichtigen und wirtschaftlich vorteilhaften Transformation des Energiesystems müsste klarer und besser ausgestattet sein.

Sehr kritisch sehen wir dagegen die derzeit – zumindest in der öffentlichen Diskussion – zu einseitige Fokussierung auf die Frage einer **Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke**. Die Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke spielt für den Umbau des Energiesystems eine untergeordnete Rolle und kann ihn potentiell gefährden. Die Analyse der der Bundesregierung vorgelegten Szenarien zeigt, dass die volkswirtschaftlichen Vorteile einer Laufzeitverlängerung, wenn vorhanden, nur sehr begrenzt ausfallen und überdies einseitig verteilt bleiben. Gänzlich unbeachtet lassen die Szenarien dagegen die Kernfrage, einer möglichen strukturellen Behinderung der notwendigen Systemveränderungen durch die Laufzeitverlängerung, z.B. weil die Kernkraftwerksbetreiber ein geringeres Interesse am Ausbau erneuerbarer Stromerzeugung und der entsprechenden Umstrukturierung des Stromnetzes haben und erhebliche Investitionen in eine auslaufende Technologie fließen, die dann für zukunftsfähigere Zwecke fehlen.